

Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Pant. Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundziffern in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Messe's Zeilenmaß 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; örtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwanzeigiger Einzahlung der Anzeigengebühren durch Kasse oder in Kontofällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anwendung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tag Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretznitz, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Förster & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 98

Donnerstag, den 26. April 1928

80. Jahrgang

Amlicher Teil.

Öffentliche Aufforderung

Die steuerpflichtigen Körperschaften und Vermögensmassen haben dem zuständigen Finanzamte jeweils folgende Vorgänge anzuzeigen:

1. ihre Gründung, sowie den Eintritt von Tatsachen, die ihre Steuerpflicht oder eine veränderte Steuerpflicht zur Folge haben (z. B. Errichtung einer inländischen Betriebsstätte, Bestellung eines ständigen Vertreters im Inlande);
2. den Erwerb der Rechtsfähigkeit, den Uebergang aus einer Rechtsform oder Gesellschaftsform in eine andere sowie die Verschmelzung mit einer anderen Gesellschaft;
3. die Verlegung des Sitzes oder des Ortes der Leitung in das Inland;
4. die Verlegung des Sitzes, des Ortes der Leitung oder einer inländischen Betriebsstätte in das Ausland, den Verkauf oder die Ausbeutung einer inländischen Betriebsstätte und die Abberufung eines ständigen Vertreters im Falle der beschränkten Steuerpflicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes;
5. die Beschlussfassung über die Auflösung oder den Eintritt der Auflösung aus anderen Gründen;
6. die Beendigung der Vermögensauseinanderlegung (Liquidation) und die Löschung im Handels-, Vereins- oder Genossenschaftsregister.

Ferner haben dem zuständigen Finanzamte anzuzeigen

- a) Versorgungsbetriebe im Sinne des § 7 des Gesetzes
- b) die Aufnahme von Geschäften, die nicht der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas oder Elektrizität oder dem öffentlichen Verkehr oder dem Hafenbetriebe dienen,
- c) Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die einem Revisionsverband angeschlossen sind,

Die unter Nr. 1 bis 3, 5, 6 und unter a und b bezeichneten Vorgänge sind spätestens bis zum Ablauf eines Monats nach ihrem Eintritt, die unter Nr. 4 bezeichneten Maßnahmen sind spätestens 14 Tage vor dem Zeitpunkt ihrer beabsichtigten Vornahme anzuzeigen.

Finanzamt Ramenz, am 23. April 1928.

Sonntag, den 29. und Montag, den 30. April 1928 Krammarkt in Pulsnitz.

Das Wichtigste

Wie aus Murray's Bay gemeldet wird, herrschte gestern an der ganzen Labrador-Küste starker Sturm, sodaß mit einem Start der „Bremen“ kaum noch gerechnet werden konnte.

Der 63jährige Droschkentischer Hartmann aus Wanssee, der ob seiner Nützlichkeit in Wanssee der „eiserne Gustav“ genannt wird, traf auf seiner Fahrt von Berlin nach Paris heute in Hamm ein. In Brüssel ist der frühere russische General Wrangel, der bekannte Heerführer gegen die Sowjetregierung, gestorben. Neue Erbsitze haben Griechenland heimgeführt. Auch Athen und die Umgebung des Piräus wurden heftig erschüttert. Gestern vormittag, um 10 Uhr, wurde in Bularest und Umgebung ein ganz kurzes, leichtes Erdbeben verspürt.

Wie aus Tschifu gemeldet wird, wurde dort der amerikanische Staatsangehörige Dr. Walter Seymour von einem chinesischen Soldaten auf der Straße erschossen. — Nach Meldungen aus Hanking haben die Sibirier bei der Einnahme von Tsingtau 16 000 Gewehre und 110 Geschütze erbeutet.

Italiens außenpolitische Ziele.

Das Nationalgefühl in Italien ist aus ganz anderer Wurzel erwachsen als in Deutschland oder Frankreich. Es knüpft an die Ueberlieferung des römischen Imperialismus, an die Vorstellung, daß Rom und Italien berufen seien, über alle anderen Völker, über die Welt eine Herrschaft auszuüben.

(Debrück, Weltgeschichte, Bd. III.)

Mussolini entfaltet eine starke politische Aktivität. Minister und Gesandte auswärtiger Staaten treffen in Italien ein und verhandeln mit ihm. Auf seine Ziele hat kürzlich der italienische Abgeordnete Torre hingewiesen. Sie sollen sein: „Aufrechterhaltung des Friedens, keine Vorherrschaft anderer Mächte, Wiedergutmachung von Ungerechtigkeiten, die den Grund des Niederganges eines Staates bilden, zum Schluß — gerechte Verteilung der Kolonien und Mandate.“ Wenn Mussolini diese Ziele wirklich verfolgt, so würden die Forderungen auch für Deutschland eine brauchbare Grundlage für künftige Verhandlungen vor dem Völkerbund bieten.

Wie steht's denn heute um Italien? Nach dem Friedensschluß ist von italienischer Seite zu erwarten worden, daß Italien in den Krieg gegen die Mittelmächte trat, weil es ein zu starkes Anwachsen der deutschen Macht fürchtete. Außerdem erblickte Italien seinen Hauptfeind in Oesterreich, das ihm den Weg nach dem Balkan abzusperrten schien. Der Frieden brachte Italien nicht die ihm von der Entente versprochenen Vorteile. An seinen Obergrenzen war der Ländergewinn gering. An die Stelle Oesterreichs trat ein sehr starkes, den Balkan beherrschendes Serbien. Und Frankreich dachte nicht daran, italienische Hoffnungen in Tunis in Afrika zu erfüllen. Seit den Tagen von Versailles datiert der italienisch-französische Gegensatz.

Man mag zum Faschismus stehen wie man will, immer wird man aber anerkennen müssen, daß Mussolini Vorbildliches geleistet hat. Er hat — vor Poincaré's Eingreifen in Frankreich — die Wahrung seines Landes gesichert. Italien ist unter seiner Führung eine Militärmacht geworden. Handel und Wandel blühen. Italien ist ein aufstrebendes Reich. An das alte weltbeherrschende Rom knüpfte Mussolini an, wohl wissend, daß seine Landsleute seit den Tagen der Renaissance das Ziel eines größeren Italien nicht vergessen konnten, daß ihre Hoffnungen ein Weltreich war. Mussolini nahm, als

Der Aufmarsch der Parteien

Stresemann in München. Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der für die Reichstagswahl in Bayern kandidiert, erklärte, er kandidiere gern dort, weil der Liberalismus in Bayern stets geschichtliche Aufgaben gehabt habe. Zur Frage Reich und Länder erklärte er, daß die Stärkung der einheitlichen Reichsgestaltung niemals durch Zwangsmaßnahmen herbeigeführt werden könne. Nur auf dem Wege des freiwilligen Zusammenschlusses könne eine gesunde Entwicklung herbeigeführt werden. Die Eigenstaatlichkeit Bayerns müsse aus kulturellen Gründen erhalten bleiben.

Stahlhelmführer Selde über die Entwicklung des Stahlhelms. In Dresden sprach der Bundesführer über die Entwicklung, die der Stahlhelm seit seiner Gründung 1918 durchgemacht habe. Aus einem Selbstschußverband sei er nunmehr politisch geworden. Sein Wunsch und seine Hoffnungen gingen nach einem doppelseitigen Parlament und einer Stärkung der Regierungsgewalt. Auf dem bevorstehenden Reichstreffen in Hamburg werde eine neue Botschaft verkündet werden, die einen neuen Abschnitt in der Entwicklung des Bundes darstelle.

Wulle sächsischer Spitzenkandidat des Völkisch-Nationalen Blods. Der Völkisch-Nationale Bloch hat in den drei sächsischen Wahlkreisen den bisherigen Preussischen Landabgeordneten Reinhold Wulle als Spitzenkandidaten gestellt.

Eine Entschliezung des Hauptvereins der Deutsch-Konfessionellen. In Dresden sprach der Vorsitzende, bei denen durch das Verhalten der Deutschen Nationalen Volkspartei schwere Gewissensbedenken im Eintreten für diese Partei verhinderten, freigestellt werden müsse, auch für andere Listen zu stimmen. An diesem Standpunkt müsse der Vorstand auch heute noch festhalten.

Tagung des demokratischen Parteiausschusses. Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei wird am Sonnabend, dem 28. April, in Berlin im Reichstag zu einer Sitzung zusammentreten, um Fragen des Wahlkampfes zu beraten und um die Parteiausschussführung vorzubereiten. Der Parteiführer, Reichsminister a. D. Koch-Weser, wird über „Die Deutsche Demokratische Partei im Wahlkampf“ sprechen.

Der Reichstagsausschuß zum Rotfront-Verbot.

Berlin. Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung hat in längerer Sitzung das Ersuchen des Reichsinnenministers an die Länderregierungen um ein Verbot des Rotfrontkämpferbundes behandelt.

Minister Gergt erwiderte auf eine kommunistische Anfrage, ob er als Stellvertreter des Reichstanzlers anwesend sei, daß eine Entscheidung über eine Stellungnahme der Regierung lediglich ihre eigene Sache sei. Minister v. Reudell griff wiederholt in die Debatte ein und begründete ausführlich seine Auffassung, daß er als Reichsinnenminister für verpflichtet halte, das Verbot zu erwirken, da der Rotfrontkämpferbund erwiesenermaßen eine staatsgefährdende Organisation sei.

Neben dem kommunistischen Antrag auf Zurückziehung des Ersuchens lag ein Zentrumsantrag vor, der ohne Stellungnahme zu den Voraussetzungen die Maßnahme als im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zweckmäßig gekennzeichnet haben wollte. Beide Anträge wurden schließlich abgelehnt.

der Zentrumsantrag mit 10 gegen 10 Stimmen, und damit war die Angelegenheit erledigt.

Politischer Mord in Rußland.

Kowno. Wie aus Moskau berichtet wird, meldet die G. P. U. einen politischen Mord, der sich in Moskau im Gouvernement ereignet hat. Im Dorfe Molwino wurde der Kommunist Peter Sacharow, der im Gouvernement Moskau den Kampf gegen die Großbauern leitete, durch einen Revolverbeschuß getötet. Er galt als Vertrauensmann der Partei auf dem Gebiet der Bearbeitung des Dorfes und hatte den Auftrag, die „kulturelle Revolution“ auf dem flachen Lande durchzuführen. Nach amtlicher Darstellung wurde Sacharow ermordet, weil er sich dem Bau einer neuen Dorfkirche widersetzt und wiederholt sowohl die Geistlichkeit als auch die Kirche geschmäht hat.

Die Deutschums-Unterdrückung in Polen.

Warschau. Am Dienstag fand vor dem Bezirksgericht in Thorn die Berufungsverhandlung in dem bekannten Deutschumsbund-Prozeß statt. Der Hauptangeklagte Scherff, der ehemalige Geschäftsführer des Deutschumsbundes, der seinerzeit ausgewiesen wurde, der Mitangeklagte Grene, der ausgewandert ist, und Frau Tierarzt Beyer waren nicht erschienen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Daraufhin stellte der Staatsanwalt den Antrag, dem auch die Verteidigung beipflichtete, man möchte der Staatsanwaltschaft Zeit lassen, aus dem gesamten Material des Deutschumsbundes — nach Meldungen der polnischen Presse sollen es bereits zehn Zentner sein — diejenigen Dokumente herauszufinden und zusammenzustellen, auf Grund deren der Beweis erbracht werden könnte, daß der Deutschumsbund eine staatsfeindliche Organisation war. Diesem Antrag hat das Gericht stattgegeben und die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt. Obwohl vier Jahre lang nichts geschah, mußte der Deutschumsbund trotz zahlreicher Bemühungen der verantwortlichen Führer in Polen geschlossen bleiben.

Frankreichs Kommunisten gegen die Sozialdemokratie.

Keine gegenseitige Unterstützung im Wahlkampf.

Paris. Der Beschluß der kommunistischen Partei, auch in der Stichwahl sämtliche Kandidaturen aufrechtzuerhalten, wird in den Reihen der Sozialisten mit größter Erbitterung kommentiert. Man hatte ursprünglich damit gerechnet, daß die Kommunisten in allen Stimmkreisen, die eine Mehrheit der Sozialisten aufweisen, zugunsten der sozialistischen Kandidaten zurücktraten und ihren Wählern deren Wahl empfehlen würden. Die Kommunisten entzogen sich dieser Pflicht, den Abgeordneten Renaud-Jean, nach Berlin, um von dem gerade dort anwesenden Litwinoff die Zustimmung der Moskauer Internationale zu erwirken. Litwinow aber erklärte rüchheraus: „Ihr habt zu gehorchen!“ Das Moskauer Diktat hat die sozialistischen Hoffnungen natürlich stark erschüttert und auch schon eine Reaktion ausgelöst, indem die Sozialistische Vereinigung des Seine-Departements, die unter dem Einfluß Zyromskis sonst sehr stark nach links tendiert, in ihrer gestrigen Führerversammlung beschloß, den sozialistischen Wählern in den von den Kommunisten beherrschten Kreisen nicht die Stimmenabgabe zugunsten der bolschewistischen Kandidaten zu empfehlen.